

Aufbruch am Abgrund?

Europas Bewegungslandschaft in der Eurozonen-Krise

Europa ist in Bewegung und das in viele Richtungen. Derzeit hält das Flüchtlingsthema ganz Europa in Atem. Rechtspopulistische Bewegungen fordern Grenzzäune und nationale Abschottung. Da kann die Wirtschafts- und Finanzkrise schon in Vergessenheit geraten. Doch auch sieben Jahre nach der Pleite der Bank Lehman Brothers und fünf Jahre nach dem ersten Rettungspakt für ein EU-Land (Irland) ist die Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise in der Eurozone keineswegs Geschichte. Die drohenden Staatspleiten im Süden Europas und die darauf folgenden drastischen Kürzungen der Staatsausgaben und wirtschaftliche Rezession haben die Gesellschaften der Krisenländer und das europäische Projekt insgesamt in eine tiefe Krise gestürzt. Dabei wurde weit mehr erschüttert als das Rentenniveau oder die Arbeitslosigkeitsquote. Vertrauen in die Leistungs- und Steuerungsfähigkeit von Nationalstaaten und der EU ging verloren; auch das Vertrauen in die repräsentative Demokratie wurde erschüttert. Lebensperspektiven brachen in sich zusammen. Das Versprechen stetig steigender Lebensbedingungen blieb für diese „verlorene Generation“ auf der Strecke.

Diese einschneidenden Entwicklungen veränderten die Gesellschaften auf grundlegende Art und Weise. Die Folge ist aber nicht nur ein Zusammenbruch, sondern gleichsam ein Aufbruch. Menschen gestalten ihr Leben und ihre Welt im Angesicht der fundamentalen Änderungen neu und dies lässt sich auch in den südeuropäischen Krisenländern beobachten. Beobachtbar ist eine Vitalisierung und Veränderung der Bewegungslandschaft und Zivilgesellschaft. Dieser Wandel steht im Fokus des Themenheftes.

Die Krisenpolitiken haben vielfältigen Widerspruch und Widerstand hervorgerufen. In mehreren südeuropäischen Ländern hat die Protestdynamik deutlich zu- oder wieder Aufschwung genommen (Baumgarten 2013, della Porta 2015, Diani/Kousis 2014, Psimitis 2011).

Wir beobachten eine neue Protestwelle. Die unmittelbare Protestaktivität gegen die Krisenpolitik der nationalen und europäischen Eliten hat mittlerweile abgenommen, und es stellt sich unmittelbar die Frage: Was ist neu an diesen Bewegungen und was wird von ihnen bleiben? Der oberflächliche Blick mag nahelegen: nicht viel. Vor allem nicht viel mehr als vorher bereits da war, in linken oder links-autonomen Szenen oder im Rahmen der Global Justice Bewegung. Eine gesicherte Antwort wird noch auf sich warten lassen, doch die Geschichte anderer Bewegungen könnte uns zu einer anderen Vermutung führen: Vermutlich wurde in den Mobilisierungen der letzten Jahre der Grundstein für eine neue Bewegung gelegt, die auch langfristig Bestand hat. Und diese Bewegung, vielleicht auch nur die bereits wieder abgeebbte Protestwelle, hat eine Reihe von Spezifika, die es genauer zu beleuchten gilt.

Die Krise ist in ihrer Entstehung und vermutlich mehr noch in ihrer Bearbeitung eng an die EU und insbesondere die Eurozone gebunden.¹ Damit haben auch die Bewegungen, die sich mit dieser Politik und ihren Folgen beschäftigen, zumindest thematisch einen europäischen Charakter, so wie die Bewegungen zu Klima und Global Justice thematisch einen globalen Charakter haben. Die europäische Dimension geht aber deutlich darüber hinaus. Die neu entstandene Bewegung scheint sich als eine europäische zu verstehen. Dies gilt für das Mobilisierungsnetzwerk und das Problemverständnis, das Framing. Zumindest dem Anspruch nach stellen sich viele Mobilisierungen in einen europäischen oder südeuropäischen Zusammenhang und greifen damit über die nationalstaatlichen Grenzen. Ansätze zu einem solchen Anspruch gab es auch bei früheren Bewegungen und die faktische Einlösung dieses Anspruchs ist vermutlich auch heute noch beschränkt, doch die Idee einer europäischen Bewegungsvernetzung scheint eine neue Stufe erreicht zu haben. Das Framing der Bewegung hat eine starke europäische Komponente. Die Problemverursachung wird in einem europäischen Zusammenhang gesehen. Es gab wohl bisher keine Bewegung, die sich in dieser Reich-

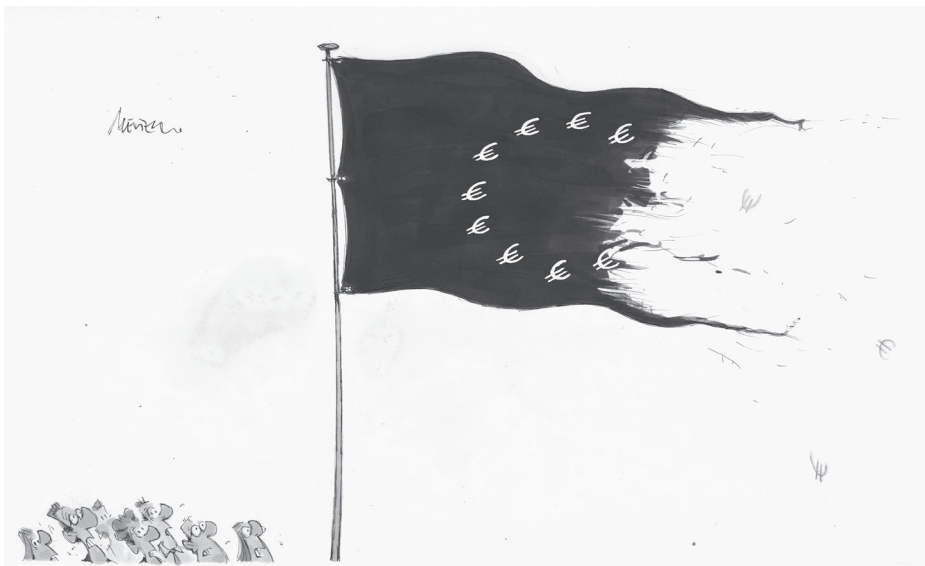
weite ihrer Vernetzung und Unmittelbarkeit des Framings auf europäische Politik bezogen hat.

Noch in einer weiteren Hinsicht ist die Mobilisierungswelle thematisch bemerkenswert: Sie verbindet die Kritik an der Austeritätspolitik und ihren Folgen mit der Forderung nach einer Revitalisierung der Demokratie durch die Stärkung partizipativer Elemente und Responsivität. Dass die Einschränkungen staatlicher Leistungen bis hin zu massivsten Einschränkungen wohlfahrtsstaatlicher Infrastruktur Proteste hervorrufen, mag nicht sonderlich überraschen. Dabei sollten wir aber nicht die fundamentale Wende übersehen, die eine so drastische Rückkehr sozio-ökonomischer Protestthemen bedeutet. Gewiss waren diese Themen nie vollständig verschwunden: Auch die Hartz IV-Proteste in Deutschland (Lahusen/Baumgarten 2010, Rucht/Yang 2004) waren große Sozialproteste. Mit der Bewegungswelle in Südeuropa nehmen sozio-ökonomische Themen als Gegenstand sozialer Bewegungen aber eine neue Dimension an. Während es lange Zeit als ausgemacht schien, dass postmaterialistische Themen materialistische Fragen verdrängt haben (Inglehart 1977), sind diese nun zurück auf der Protestagenda.

Andererseits sind auch typisch postmaterielle Fragen nicht von dieser Agenda

verschwunden. Wir erleben eben nicht mal Krisenproteste und mal Wohlstandsproteste, wie Kerbo (1982) es vermutet hatte. Vielmehr vereinigt die Protestwelle beide Themenfelder. Insbesondere Fragen von Demokratie und Beteiligung sind prominent (della Porta 2015, Diani/Kousis 2014). Die klassisch postmaterielle Partizipationsfrage wird direkt mit den Protesten gegen Austerität verbunden. Damit sperrt sich die Protestwelle gegen eine einfache Einordnung als entweder materialistisch oder postmaterialistisch.

Die Protestwelle in den südeuropäischen Ländern ist in einem weiteren Punkt bemerkenswert. Sie ist zumindest zum Teil nicht auf der Straße und den Plätzen geblieben, sondern gewissermaßen in Parlamente und im Falle von Syriza sogar in die Regierung geschwappt. Gewiss, Parteigründungen aus Bewegungen heraus hat es schon zuvor gegeben. Die grünen Parteien in Europa sind ein Zeugnis davon, genauso wie die Arbeiterparteien und historisch noch weiter zurück gilt dies auch für religiöse oder liberale Parteien (Rokkan 2000). Und doch ist ein solcher Prozess immer unwahrscheinlich, weil er einen Wechsel der politischen Grundlogik bedeutet. Rucht (1993) hatte idealtypisch Bewegungen, die mit dem Mittel des Protestes Einfluss ausüben wollen, von



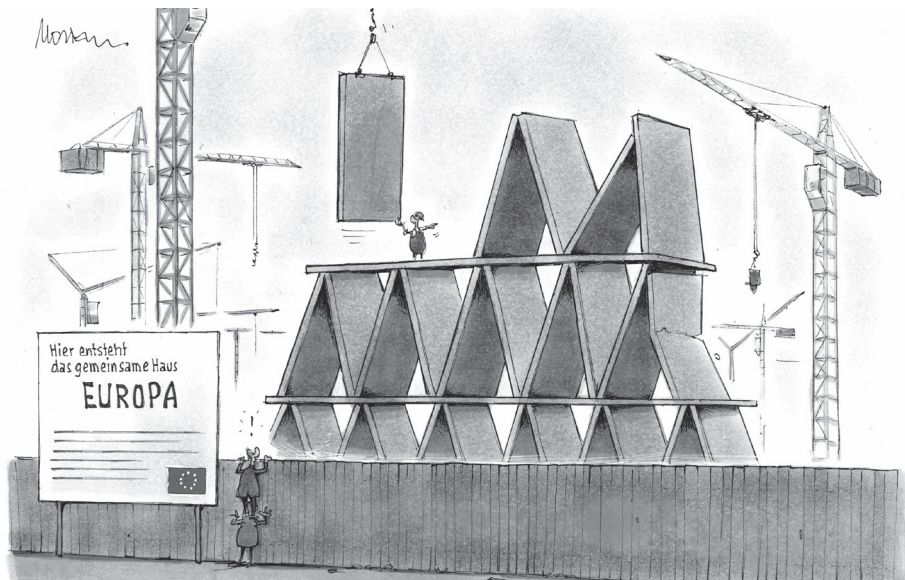
Parteien, die durch die Besetzung politischer Ämter Macht anstreben, voneinander getrennt und damit die unterschiedlichen Selbstverständnisse und strukturellen Anforderungen auf den Punkt gebracht. Ein Wechsel zwischen diesen Grundlogiken ist ein spannungsreicher und bemerkenswerter Prozess, weil er einen Wandel im Grundverständnis erfordert.

Schließlich verdient ein letzter Aspekt der Bewegungslandschaft in den südeuropäischen Krisenländern unsere Aufmerksamkeit. Neben der politischen Mobilisierung, die sich an Institutionen unterschiedlicher Art und Ebene wendet, vor allem politische, aber auch wirtschaftspolitische oder wirtschaftliche Institutionen, finden wir einen anderen, parallelen Arm dieser Bewegung. Gemeint sind die vielfältigen Aktivitäten, Initiativen, Aktionen, die sich auf die Lebensbewältigung richten und selbstständig Leistungen der Wohlfahrtspflege bereitstellen, die der Staat nicht länger gewährleisten kann oder will. Dies geschieht unabhängig oder in Kooperation mit öffentlichen Stellen, als lockeres Netzwerk, Initiative, Genossenschaft oder in sonstiger Form. Betriebe werden von der Belegschaft übernommen, Krankenhäuser oder Apotheken mit Freiwilligen betrieben, Suppenküchen und Tauschbörsen organisieren Umverteilung oder Armenhilfe, die es von staatlicher Seite nicht gibt. Hier entwickelt sich, so hat es den Anschein, eine breiter aufgestellte und leistungsfähigere Zivilgesellschaft insbesondere in Ländern, deren Zivilgesellschaft bislang als vergleichsweise schwach eingeschätzt wurde. Der Begriff *Resilienz* beschreibt diese Fähigkeit von Gesellschaften, sich auch unter widrigen Bedingungen selbst zu helfen und Soziales zu stabilisieren, auch wenn zentrale Anker sozialer Ordnung wegbrechen.

All diese Diagnosen stehen auf tönernen Füßen. Wir sind erst dabei, die Entwicklungen gründlicher zu untersuchen, uns einen Überblick zu verschaffen. Vor allem erfahrene Bewegungsforscher_innen² werden zudem bei der einen oder anderen Beobachtung einwerfen wollen: „Das gab es alles schon.“ Ohne Zweifel ist dies richtig, vieles haben wir schon in anderen Fällen

in ähnlicher Weise gesehen. Dennoch sollten wir unseren Blick schärfen für das Ungewöhnliche dieser Protest- und Bewegungswelle und die damit implizierten Veränderungen nicht aus dem Blick verlieren. Wir erleben – mindestens möglicherweise – eine Verschiebung des Blicks auf Europa und die EU in einem breiten Bewegungsspektrum. Wir sehen die Entstehung von umfassender Eigeninitiative, die mit unserer bisherigen Vorstellung von punktueller Selbsthilfe in ansonsten bestehenden, stabilen Strukturen nur wenig gemein hat und deshalb mit Resilienz vielleicht besser beschrieben ist. Wir werden zudem in eine Diskussion gestoßen, wie Bürger_innenschaft und soziale Rechte in Europa verstanden werden sollen (Gerhards/Lengfeld 2013), welche Umverteilungsverpflichtungen in Europa von wem erstritten oder wem zugestanden werden (vgl. dazu auch das kommende Heft 2 des Forschungsjournal *Soziale Bewegungen* in diesem Jahr). Nicht zuletzt sollten wir beobachten, wie sich die politische Landschaft und das Machtgefüge in Europa verschoben haben und weiter verschieben. Die Protestmobilisierungen und Bewegungen werden dabei ein Einflussfaktor sein und vermutlich auch bleiben. Es gibt also viel zu tun, das Feld neu zu vermessen, um sich einem Verständnis des sich ändernden Europas anzunähern. Das vorliegende Themenheft ist ein Schritt in diese Richtung.

Neben den hier aufgeworfenen empirischen Fragen kann eine derartige neue Bewegungswelle Ausgangspunkt sein, um auch die Theorien und Perspektiven der Bewegungsforschung zu überdenken und neu zu justieren. In seinem Eingangsbeitrag diskutiert *Jochen Roose* die Folgen der neueren Protestwelle für die Bewegungsforschung. Insbesondere die Frage nach der Rolle von Deprivation zur Erklärung von sozialen Bewegungen stellt sich mit den Protesten gegen Austerität neu. Die sozialstrukturelle Zusammensetzung von Protestierenden einerseits und die theoretische Rolle der politischen Ökonomie andererseits stehen damit in unmittelbarem Zusammenhang. Der regionale Fokus auf südeuropäische Länder und die systematische Beachtung von selbstorganisierter gesellschaftlicher Resilienz



als Teil der Bewegung sind weitere Themen, die für die Bewegungsforschung eine Akzentverschiebung bedeuten.

Die politische Debatte über die Eurozonen-Krise analysieren zwei Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven. *Manlio Cinalli* und *Marco Giugni* präsentieren erste Ergebnisse einer Claim-Analyse des europäischen Projekts „Living With Hard Times“ (LIVEWHAT). Sie vergleichen für neun EU-Länder zwischen solchen, die stark, mittel oder wenig von der Krise betroffen sind und zeigen unter anderem, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure vor allem in den stärker von der Krise betroffenen Ländern rege an der öffentlichen Krisendebatte beteiligen. *Jochen Roose*, *Franziska Scholl* und *Moritz Sommer* wählen einen etwas anderen Zugang mit der Untersuchung von öffentlicher Verantwortungszuschreibung in einem deutsch-griechischen Vergleich. Dabei sind die öffentlichen Bezugnahmen dieser beiden in der Krise so prominenten Länder aufeinander überraschend selten. Die Regierungen schreiben sich keineswegs dominant Schuld zu; die Verantwortungszuschreibungen zwischen den Regierungen sind positiver und konstruktiver als es die prominent diskutierten gegenseitigen Beschimpfungen vermuten lassen.

Maria Kousis et al. beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit eben jenen Initiativen, die oben unter dem Begriff der Resilienz kategorisiert wurden. Sie schlagen ein Instrument zur Erhebung und Erforschung der Resilienzstrukturen vor und stellen dann am konkreten Beispiel zweier Städte im Norden Kretas die Bedeutung solcher Netzwerke heraus. Inwieweit selbstorganisierte Hilfe dauerhaft staatliche Strukturen ersetzen vermag und ob sie der Beginn gelebter Alternative zum bisherigen System ist, bedarf intensiver Forschung in den kommenden Jahren.

Drei weitere Beiträge widmen sich konkreten Akteuren in der Auseinandersetzung um die Eurozonen-Krise.

Hara Kouki und *Joseba Fernandez* vergleichen zwei bewegungsnahe Parteien: die griechische Syriza und die spanische Podemos. Trotz der augenscheinlichen Ähnlichkeiten – beide verdanken ihre Erfolge den jeweiligen Krisenbewegungen und beide berufen sich auf eine gesellschaftliche Mehrheit von der sich die politischen Eliten entfernt haben – gibt es doch beträchtliche Unterschiede, unter anderem in der Organisationsstruktur. Podemos scheint dem partizipativen Ideal der Krisenbewegungen deutlich näher zu kommen als Syriza, deren py-

ramidenähnliche Struktur eher an die Tradition der eurokommunistischen Parteien anknüpft.

Die Bedeutung von Podemos in Spanien ist eng mit den Krisenbewegungen des Landes verknüpft. Ein zentrales Thema dieser breiten Bewegung ist die Immobilienkrise und die Unterstützung der von Zwangsversteigerung Bedrohten, die ihre Hypotheken nicht mehr bedienen können. *Ivan Molina Allende* beschreibt das Selbstverständnis der spanischen Plattform gegen Zwangsräumungen (PAH) und skizziert die Herausforderungen und Chancen für diesen neuen Akteur in einer sich im Umbruch befindenden politischen Landschaft. *Aaron Bruckmüller* und *Franziska Scholl* verlassen die Perspektive der südeuropäischen Länder: Sie stellen die Arbeit des Blockupy-Netzwerkes vor und diskutieren seine Perspektiven. Nach den großen Protesten gegen die Europäische Zentralbank, die viel Medienresonanz auf sich zogen, folgte eine Phase der Ernüchterung und Re-Orientierung. Nach Meinung der Autor_innen gilt es, die Erfahrungen der Kooperation linker Akteure zu nutzen und Blockupy zu einem „organisierten Lager der optimistischen Unzufriedenheit“ zu machen.

Abschließend stellt *Ulrike Guérot* dem positiven Blick auf den Aufbruch der europäischen Bewegungslandschaft eine nüchterne Perspektive gegenüber. Bewusst provokativ argumentiert sie gegen die euphorische Hoffnung, die mit zivilgesellschaftlicher „Politik von unten“ für Europa oftmals verbunden wird. Auch wenn die multiple Krise in Europa den Ruf nach zivilgesellschaftlicher Partizipation verstärkt und tatsächlich eine Vielzahl von Bewegungen auf den Plan gerufen hat, so attestiert die Autorin diesen Akteuren doch das Fehlen einer adäquaten Antwort auf die fundamentale Systemkrise Europas.

In der Literaturreihe bespricht *Johannes Kiess* drei aktuelle Publikationen, die sich mit der Krise des Neoliberalismus und der neuen Dynamik sozialer Bewegungen auseinandersetzen.

Der Themenschwerpunkt diskutiert somit eine Reihe unterschiedlicher Aspekte und Akteure der Protestwelle in den südeuropäischen

Ländern und darüber hinaus. Er versammelt damit Schlaglichter auf diese Bewegung, die ihre Bezeichnung als Bewegung vielleicht erst noch rechtfertigen muss.

Ergänzt wird das Heft durch eine Aktuelle Analyse und einen Sonderschwerpunkt. In der Aktuellen Analyse beschäftigen sich *Dennis Eversberg* und *Matthias Schmelzer* mit dem Entstehen einer Degrowth-Bewegung, in der sie mehr sehen als eine bloße wachstumskritische Bewegung – sie konstatieren, dass „Degrowth“ in der großen Mehrheit für eine herrschafts- und zunehmend auch kapitalismuskritische Transformationsperspektive steht“.

Der Sonderschwerpunkt, den Tobias Quednau redaktionell betreut hat, dokumentiert das „Forum Bürgergesellschaft“, das dieses Jahr sein zehnjähriges Jubiläum feierte und gut 30 Expert_innen versammelte. Wie auch in den vergangenen Jahren dokumentiert das Forschungsjournal diese Veranstaltung. Unter dem Titel „Bürgergesellschaft 2020“ geht es um das Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft.

Die Rolle des Staates bei der Gestaltung guter Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement steht ebenso im Fokus wie die Vor- und Nachteile so genannter Compacts, mit denen in verschiedenen europäischen Ländern Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sektoren in Bezug auf die Förderung von Engagement und Zivilgesellschaft getroffen werden. Ein weiteres Thema ist die Kooperation zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dabei wird einerseits kritisch hinterfragt, inwieweit strategische Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft und Unternehmen möglich und wie verlässlich sie sind. Andererseits wird aufgezeigt, wie derartige Kooperationen in der Praxis gelingen können. Nicht zuletzt geht es das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Akteuren und Sektoren im Welfare-Mix. Zwar sei die stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft vor dem Leitbild einer eigensinnigen Bürger_innenschaft prinzipiell zu begrüßen. Gleichwohl müsse gefragt werden, inwieweit bestimmte Formen der Zusammenarbeit tatsächlich einen qualitati-

ven Gewinn bedeuteten und nicht schlicht eine Indienstnahme der Zivilgesellschaft darstellen. In fünf Beiträgen geht der Sonderschwerpunkt diesen Fragen nach.

Ergänzend finden sich in der Online-Rubrik FJSB-Plus ein Bericht zum Workshop „Flucht, Gender, Menschenrechte. Neue Herausforderungen für die Soziale Arbeit“ von *Karin Scherschel* und *Hannah Cornelsens* Beitrag zur kollektiven Identität der Anti-TTIP-Bewegung. Beide Beiträge sind unter www.forschungsjournal.de/fjsb-plus zu finden.

Am 19. Januar 2016 ist Andreas Buro verstorben, der das Forschungsjournal über sein gesamtes Bestehen als Beiratsmitglied begleitet hat. Das Journal dankt Andreas Buro für seine langjährige Unterstützung und widmet ihm einen Nachruf von *Thomas Leif*.

Jochen Roose, *Berlin*, Moritz Sommer, *Berlin* und Franziska Scholl, *Berlin*.

Literatur

Baumgarten, Britta 2013: Geração à Rasca and beyond: Mobilizations in Portugal after 12 March 2011. In: *Current Sociology*, Jg. 61, Heft 4, 457-473.

della Porta, Donatella 2015: Social Movements in Times of Austerity. Bringing Capitalism back into Protest Analysis. Cambridge: Polity Press.

Diani, Mario/Kousis, Maria 2014: The Duality of Claims and Events. The Greek Campaign against Troika's Memoranda and Austerity, 2010-2012. In: *Mobilization*, Jg. 19, Heft 4, 387-404.

Gerhards, Jürgen/Lengfeld, Holger 2013: Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger. Wiesbaden: Springer VS.

Illing, Falk 2013: Die Euro-Krise. Analyse der europäischen Strukturkrise. Wiesbaden: Springer.

Inglehart, Ronald 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

Jones, Erik 2014: The Year the European Crisis Ended. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Kerbo, Harold R. 1982: Movements of „Crisis“ and Movements of „Affluence“. A Critique of Deprivation and Resource Mobilization Theories. In: *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 26, Heft 4, 645-663.

Labusen, Christian/Baumgarten, Bettina 2010: Das Ende des sozialen Friedens? Politik und Protest in Zeiten der Hartz-Reformen. Frankfurt/M., New York: Campus.

Pisani-Ferry, Jean/Gouardo, Christophe 2014: The Euro Crisis and its Aftermath. Oxford: Oxford University Press.

Psimitis, Michalis 2011: The Protest Cycle of Spring 2010 in Greece. In: *Social Movement Studies*, Jg. 10, Heft 2, 191-197.

Rokkan, Stein 2000: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Rucht, Dieter 1993: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: *Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard* (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 251-275.

Rucht, Dieter/Yang, Mundo 2004: Wer demonstrierte gegen Hartz IV? In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 17, Heft 4, 21-27.

Schuppan, Norbert 2013: Die Euro-Krise. Ursachen, Verlauf, makroökonomische und europarechtliche Aspekte und Lösungen. München: Oldenbourg.

Anmerkungen

¹ Die Publikationen zur Eurozonen-Krise entstehen derzeit in schneller Folge. Vgl. zum Beispiel Illing (2013), Jones (2014), Pisani-Ferry/Gouardo (2014) und Schuppan (2013).

² Im Editorial wurde sich für eine genderplurale Schreibweise mit der sogenannten Gender-Gap, dem Unterstrich, entschieden. Für die übrigen Beiträge wurde keine einheitliche Vorgabe gemacht.